

Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

Offen für Veränderung – offen für den Dialog. Die neue Linke.

Ein Beitrag zur Programmdebatte

Beschluss der 5. Tagung des 9. Landesparteitages
der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt am 23. und 24. September 2006

Mit den im Februar 2006 vorgelegten Programmmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linken wurde ein erster Impuls für die Diskussion im Rahmen des Parteinneubildungsprozesses gesetzt. Die Mitglieder der Linkspartei.PDS und der WASG sind aufgefordert, sich in eine konstruktive Debatte um die programmatische Ausrichtung der neuen Partei einzubringen. Mit diesem Leitantrag wollen wir Erfahrungen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der Linkspartei.PDS einbringen.

Die Linkspartei.PDS stellt sich als parlamentarische und strömungspolitische Kraft den Ansprüchen, Gesellschaft im Hier und Jetzt zu gestalten und die Diskussion über die Gesellschaft von Morgen anzuregen.

Wir sind mit einem umfassenden Strukturwandel von der Industriegesellschaft zu einer wissensbasierten Produktion konfrontiert. Das bedeutet nicht das Ende von Warenproduktion und leugnet nicht den Anteil von Wissen in jeder Form industrieller und handwerklicher Fertigkeit. Neu sind die Quantität wissensintensiver Arbeitsplätze und die verwissenschaftlichte Einbettung der Güterproduktion in Forschung und Entwicklung, Marketing und Risikofolgenabschätzung weit über den ökonomischen Bereich hinaus. In der Wissensgesellschaft sind alle Lebensbereiche von Wissen und Technik durchdrungen.

Technische Innovation und veränderte Produktions- und Logistikverfahren haben zu einer Verkürzung und zur Effizienzsteigerung der Produktionszyklen geführt. Wissen ist nicht nur Produktionsmittel, Technik und Ermächtigung, sondern auch entscheidend für das Agieren an den Finanz- und Kapitalmärkten, die sich in den letzten Jahrzehnten von der Warenproduktion weitestgehend abgekoppelt haben.

- ⇒ Die Antworten auf die Herausforderungen einer sich in diese Richtung verändernden Gesellschaft können nicht die der 1970er und 1980er Jahre sein. **Die tatsächlichen politischen Gegebenheiten und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind für uns der Ausgangspunkt politischen Handelns. Moderne linke Politik täuscht sich und andere nicht über die Bedingungen unter denen sie stattfindet.** Sozialismus in einem Land und gar noch in einem Bundesland wird es nicht geben. Wir leben in einer globalen Welt. Unter dem Mantel der Globalisierung versucht die Lobby der transnationalen Konzerne die Verwertungsbedingungen für das Kapital zu Lasten der Armen und immer ärmer werdenden in einer militärisch neu gerichteten Welt maximal auszulasten. Dieser Kurs ist gefährlich. Er birgt unabsehbare Risiken nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Existenz der Erde selbst. Doch es gibt auch Chancen der Globalisierung für eine nachhaltige, ökologische, demokratische, soziale und antipatriarchalische Welt.
- ⇒ Die Globalisierung ist ein nicht umkehrbarer Prozess. Die Ausweitung des Welthandels, die Entwicklung globaler Finanzmärkte, die Zunahme von Migrationsbewegungen basieren u.a. auf der Zunahme der internationalen Arbeitsteilung und der Herausbildung eines internationalen Arbeitsmarktes. Das fordert ein völlig neues Herangehen linker Politik. Traditionelle Konzepte, die sich ausschließlich in einem engen nationalstaatlichen Rahmen bewegen, funktionieren schon im europäischen Raum nicht mehr. **Darüber hinaus müssen wir, nicht nur bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, feststellen, dass die extreme Rechte immer stärker versucht, ihre nationalistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Inhalte mit einem antikapitalistischen Anspruch zu verknüpfen. Nicht selten werden dabei unsere Forderungen übernommen. Unseren antikapitalistischen Anspruch als neue Linke müssen wir daher sowohl bei Protest als auch bei Gestaltung immer mit einer demokratischen und emanzipatorischen Grundausrichtung verbinden, um uns eindeutig von rechtem Gedankengut abzugrenzen.**
Der Kampf gegen jede Form des Neofaschismus und Rechtsextremismus ist ein wesentliches Element unseres Handelns. Er hat im Zusammenwirken mit allen demokratischen Kräften eine außerordentliche Bedeutung.
- ⇒ Um eine demokratische, sozial-ökologische, solidarische und antipatriarchale Umgestaltung der Gesellschaft durchzusetzen, braucht es ein breites Bündnis, das nicht nur Hartz IV-Betroffene und Arbeitslose umfasst. Gesellschaftliche Veränderungen brauchen den Druck aus großen Teilen der Gesellschaft.

- ⇒ **Unsere Konzepte – gleich ob in Opposition oder Regierungsverantwortung – müssen realistisch, finanzierbar und funktional sein.** Sie müssen das Wechselspiel zwischen der Produktivkraftentwicklung mit den sich daraus ergebenden neuen Prozessen in Wirtschaft und Gesellschaft einerseits und der politischen Strategie und den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung andererseits berücksichtigen. Unsere politischen Angebote wie z.B. das aus der Arbeit der Landtagsfraktionen heraus entstandene Steuerkonzept oder die 2004 in Zusammenarbeit mit den beiden Bundestagsabgeordneten, dem Parteivorstand und den Landtagsfraktionen entstandene Agenda Sozial sind kein Sammelsurium von Heilserwartungen, sondern transparentes verantwortungsvolles Gestalten im Sinne programmatischer Grundsätze, die sich auch den vorhandenen Spannungsfeldern und Widersprüchen nicht verschließen, sondern sich damit auseinandersetzen.
- ⇒ **Die Linkspartei.PDS bekennt sich zu dem politischen Willen, die eigenen politischen Vorstellungen und Konzepte in Regierungsverantwortung umsetzen zu wollen, wenn es dafür politisch handlungsfähige Mehrheiten gibt.** Dass wir dabei um den eigenen gewichtigen politischen Einfluss ringen, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Linkspartei.PDS ist sich jedoch bewusst, dass politische Verantwortung in einer Koalition immer auch Kompromisse erforderlich machen. Das ist für uns kein notwendiges Übel, sondern eine unverzichtbare Form der politischen Bewegung, die eine der Grundlagen für das Gelingen einer parlamentarischen Demokratie ist. Linke Politik auf Landesebene ist nicht auf die Funktion eines Transmissionsriemens bundespolitischer Entscheidungen zu reduzieren, sondern ein eigenes politisches Handlungsfeld im Rahmen des föderalen Systems der Bundesrepublik.
- ⇒ Die Linkspartei.PDS hat gelernt, mit unterschiedlichen Rollen in den gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen produktiv umzugehen. Auch in Regierungsverantwortung finden soziale Proteste mit ihren emanzipatorischen Forderungen und Vorschlägen unsere Unterstützung. Gleichwohl wissen wir, dass die Verlässlichkeit als politischer Partner auch erfordert, sich an Kompromissen zu orientieren. Dieses durchaus widersprüchliche Feld politischen Handelns erfordert immer die Bewertung des Einzelfalls und einen verantwortungsvollen Prozess des Abwägens. **Wir stehen für eine Regierungsbeteiligung, die Chancen und Risiken für unsere politischen Vorhaben und Konzepte in ihrer Gesamtheit verantwortungsvoll abwägt. Regierungsbeteiligungen bedürfen der kritischen und solidarischen Begleitung in der Sache und sollten nicht fortwährend in Frage gestellt werden.**

⇒ Soziale Bewegungen sind für uns ein Indikator für eine lebendige Demokratie. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Parteien und soziale Bewegungen in der Gesellschaft unterschiedliche Funktionen, verschiedene Stärken und Schwächen ausfüllen. Für nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen ist ein konstruktives Miteinander nötig. Es geht uns nicht um die einfache Übernahme politischer Forderungen aus den sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und anderer Verbände und Akteure, sondern um die kritische Auseinandersetzung und gegebenenfalls die Qualifizierung der politischen Alternativen im fairen und konstruktiven Miteinander. Diese Erfahrungen müssen auch künftig die politische Neue Linke prägen.

Die ostdeutschen Landesverbände der Linkspartei.PDS haben in den vergangenen Jahren sehr viel eigene politische Erfahrungen und Impulse in die programmatische Entwicklung eingebracht. Die PDS im Osten entwickelte sich in einem selbstkritischen und zukunfts offenen Lernprozess hin zu einer Partei, die in unterschiedlichen strategischen Funktionen - sei es in gestaltender Opposition oder in Regierungsverantwortung – agiert.

Zugleich war und ist sie die Partei, die Probleme und Sichten derer aufnimmt und politisiert, deren Leben aus den unterschiedlichsten Gründen beim „Aufbau Ost“ auf der Strecke blieb ohne dies auf eine enge Ostsicht einzuengen. Nachdrücklich verwies die PDS immer wieder darauf, dass der Osten Deutschlands das Experimentierfeld für Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung, für eine neoliberale Umgestaltung der gesamten Bundesrepublik geworden ist. Die Forderung im Grundgesetz nach Schaffung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse klagt nur noch die Linkspartei.PDS ein. Die „blühenden Landschaften“ von Kohl und die „Chefsache Ost“ Schröders sind inzwischen Fußnoten in der Geschichte. Mit den Grundgesetzänderungen im Rahmen der Föderalismusreform werden reiche und arme Bundesländer in der Bundesrepublik weiter auseinanderdriften. Wenn dem von CDU und SPD mehrheitlich gewollten Wettbewerbsföderalismus kein Widerstand in den Bundesländern entgegengesetzt wird, werden nicht nur die ostdeutschen Länder auf der Strecke bleiben.

Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt hat sich in den vergangenen Jahren mit Vorschlägen für eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts zu Wort gemeldet, die sowohl die Besonderheiten des Osten berücksichtigten wie auch die rasante Veränderung der Welt nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems. Diese Erfahrungen und Standpunkte wollen wir in die programmatische Debatte im Rahmen des Parteineubildungsprozesses einbringen. Ein Zurück zu den elitären und wenig emanzipatorischen Ansätzen der

klassischen Kapitalismuskritik eines Teils der Westlinken verbietet sich genauso wie ein Zurück zum erfahrenen Staatssozialismus. Der Demokratische Sozialismus bleibt für uns Weg und Ziel. **Wir definieren uns nicht über die Abgrenzung zur politischen Konkurrenz, sondern über den eigenen gesellschaftsverändernden Anspruch.**

Alternative Wirtschaftspolitik als Voraussetzung des sozial-ökologischen Wandels

Sozial-ökologischer Wandel in der wissensbasierten Gesellschaft bedarf sowohl eines leistungsfähigen Wirtschaftspotenzials als auch seiner Veränderung und der Neuorientierung seines Gebrauchs. Unsere wirtschaftspolitischen Vorstellungen setzen auch auf unternehmerische Gewinninteressen als wesentlich für betriebswirtschaftliche Effizienz und Innovationen, aber auch unter einer solchen sozial-ökologischen Rahmensetzung für Marktmechanismen, damit private Einzelinteressen nicht zu volkswirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Fehlentwicklungen führen.

Wirtschaft ist für uns eine notwendige Organisationsform gesellschaftlicher Arbeitsteilung eine Sphäre, die für das Leben der Menschen im weitesten Sinne die notwendigen Gebrauchsgüter und Dienstleistungen produziert und diese über den Markt austauscht sowie ein Bereich, wo letztendlich ein Gewinn erarbeitet wird, der der Entwicklung des einzelnen Unternehmens und der privaten Aneignung bzw. gesellschaftlichen Aneignung bevorzugt über die Steuerpolitik dient.

Staatliche Subventionspolitik im Bereich der Wirtschaftsförderung ist mehr auf den Menschen als Träger der Wissensgesellschaft zu richten und weniger auf Sachinvestitionen. Die typische Variante der Unternehmenssubvention als klassische Ansiedlungspolitik sollte der Vergangenheit angehören.

Unser Ansatz der Wirtschaftsförderung ist darauf gerichtet, nicht nur einzelne innovative Aktivitäten, Branchen und Cluster oder kleine Netzwerke zu stärken, sondern vor allem regionale Rahmenbedingungen in ihrer Gesamtheit als innovative Räume neu zu gestalten.

Arbeit in Würde statt Niedriglohn und Schwarzarbeit

Gerade Sachsen-Anhalt hat gezeigt, dass Erweiterung des Niedriglohnsektors keine dauerhafte Lösung für die Probleme des Arbeitsmarktes darstellt.

Die Linkspartei.PDS tritt für die **Einführung von Mindestlöhnen** unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Länder ein und unterstützt Kämpfe um Lohnerhöhungen vor allem für untere und mittlere Einkommensschichten. Kriterium politischer Entscheidungen ist für uns nicht die Kategorie „Niedriglohn für gering qualifizierte Arbeit“, sondern **„Auskömmlicher Lohn für existenzsichernde Arbeit“**. Auf dem Weg der schrittweisen Einführung von Mindestlöhnen ist besonders im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen die staatliche Unterstützung durch zeitweisen Einsatz von Steuermitteln denkbar.

Linke Beschäftigungspolitik will **vermeiden**, dass eine **Spaltung der Gesellschaft** entsteht, bei der ein Drittel der Erwerbsfähigen über relativ gesicherte und qualifizierte Erwerbsverhältnisse verfügt und zwei Drittel in entweder dauerhaft prekären Erwerbsverhältnissen leben müssen bzw. vollständig von Existenz sichernden Arbeitsverhältnissen ausgeschlossen sind. Auch Unternehmen, die das Rückgrat der Wissensgesellschaft bilden, können die extrem hohe Arbeitslosigkeit nicht abbauen.“

Soziale Sicherheit und lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft

Die Produktivkraftentwicklung hängt in neuer Qualität von Wissenschaft und Innovation ab. Das hat weitreichende Konsequenzen nicht nur für die Wertschöpfung, sondern für alle Bereiche des sozialen Lebens. Soziale Sicherheit ist für uns eine notwendige Voraussetzung für die Akzeptanz des rasanten sozialen Wandels, den die Wissensgesellschaft notwendigerweise mit sich bringt, zum Beispiel ein höheres Maß an Flexibilität, an Mobilität und an Individualisierung. Die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft misst sich auch an einem Mehr an sozialer Sicherheit. Für die programmatische Debatte der neuen Linken erscheint uns deshalb eine Reihe von gewonnenen Erkenntnissen aus den Diskussionen der vergangenen Jahre unerlässlich.

⇒ **Die Bildungspolitik muss zur Kernaufgabe einer vorsorgenden Sozialpolitik werden.** Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe wird über den Zugang zu Wissen vermittelt. Das enorme Potenzial von Bildung als Emanzipationstechnik wird in der auf Warenproduktion und Konkurrenz orientierten Gesellschaft nicht ausgeschöpft. Die Linkspartei.PDS muss ihre politischen Anstrengungen darauf richten, die auch in Deutschland nachgewiesene Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft durch einen verbesserten Zugang zu Bildungsangeboten aufzuheben. Nur so kann der Teufelskreis der Reproduktion von sozialer Ungleichheit durch

ungleiche Bildungschancen durchbrochen werden. Statt sozialer Auslese ist der freie Zugang zu Bildungsangeboten, unabhängig von der sozialen Herkunft und den materiellen Möglichkeiten Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den gesellschaftlichen Gütern und allen Chancen, die eine Wissensgesellschaft bereithält.

- ⇒ Die Bildungsoffensive der 1970er Jahre in der Bundesrepublik hat unbestreitbar zu einem Anstieg höherer Abschlüsse und dem Aufstieg der Mittelschichten zu diesen geführt aber gleichzeitig die Verbindung zwischen Qualifizierung und beruflicher Perspektive gelockert. Der Begriff des „lebenslangen Lernens“ bedeutet die Zumutung, den permanenten Verfall des einmal Gelernten zu akzeptieren, zeigt aber auch die Option einer permanenten Selbstermächtigung des Individuums für gesellschaftliche Teilhabe an. Dies ist nicht nur für die aktive Einflussnahme auf gesellschaftliche Prozesse erforderlich, sondern umfasst auch den Zwang zur ständigen „Fitness“, um auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren zu können. Die beschleunigte Veränderung der Arbeitswelt erfordert anstelle des Verharrens in einmal erworbenen Qualifikationen **das lebenslange Lernen für alle befördern**. Die Bereitschaft, sich neues Wissen, neue Qualifikationen, neue Kompetenzen anzueignen, sich neuen beruflichen Herausforderungen zu stellen, muss Anerkennung in den sozialen Sicherungssystemen finden. Dies ist auch vor dem Hintergrund einer deutlich gestiegenen Lebenserwartung zu sehen.
- ⇒ Wissen ist auch im Informationszeitalter nicht unumschränkt zugänglich und es bedarf neben dem Erschließen von Wissen auch der Kompetenzen, dieses zu werten und zu gewichten. Es ist eine entscheidende Ressource zur Reflexion über gesellschaftliche Vorgänge. Durch die Digitalisierung moderner Kommunikation hat sich die Möglichkeit des Zugangs zu Wissen durch offene Zirkulation enorm vereinfacht. Wissen bleibt aber auch nach seinem Bekanntwerden und seinem Eingang zum Beispiel in Produktionstechniken dennoch Wissen des Urhebers. Die Linkspartei stellt sich demnach den **medienspolitischen** Anspruch, zwischen den Interessen des Gemeinwohles und individueller Urheberansprüche zu vermitteln.
- ⇒ Die öffentlichen Haushalte sind gefordert, **vor allem in Bildung und innovative Entwicklungen zu investieren**, und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die soziale Infrastruktur muss vor allem geprägt sein von vielfältigen Bildungsangeboten für Alte und Junge, für Männer und Frauen, für Erwerbstätige und für Nichterwerbstätige. Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Sachsen-Anhalt wird

nicht mehr zum Manufakturbetrieb zurückgehen können, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die Zukunft Sachsen-Anhalts hängt von Investitionen in Bildung und Forschung ab.

⇒ Die zunehmende Individualisierung und eine älter werdende Gesellschaft erfordern sozialpolitisches Handeln. Die sozialen Sicherungssysteme müssen auf den Wandel in den sozialen Beziehungen reagieren. Wir setzen uns dafür ein, dass neben den familiären und nachbarschaftlichen Beziehungen auch soziale Netzwerke wie Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen, vielfältige Formen sozialer Dienstleistungen bestehen und entstehen können und Menschen in hilfebedürftigen Lebenslagen Angebote unterbreiten können.

Öffentliche Finanzen und Haushaltskonsolidierung zwischen Wunsch und Realität

Eine wesentliche Grundlage unserer Arbeit war und ist ein verantwortbarer Umgang mit dem Haushalt, der Konsolidierung und Gestaltung gleichermaßen beinhaltet, sind doch die zur Verfügung stehenden Finanzmittel die Voraussetzung für die langfristige Realisierung einer selbst tragenden Entwicklung Sachsen-Anhalts.

Angesichts eines bestehenden strukturellen Haushaltsdefizits in Sachsen-Anhalt in Höhe von 1 Mrd. € wird es auch in Zukunft nicht leichter, Politik zu machen, weil es kaum noch Spielräume gibt. Die Antworten von CDU, SPD und FDP auf diese Situation heißen im Land Aufgabenabbau und Sozialverzicht einerseits, im Bund eine Steuerpolitik mit der Zielrichtung einer Umverteilung nach oben andererseits und auf der Ebene der Europäischen Union Einhaltung des Maastrichter Stabilitätspaktes. Die Linkspartei.PDS hat ein Steuerkonzept vorgelegt, auf dessen Basis die Einnahmen der öffentlichen Haushalte stabilisiert werden und die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge finanziert werden könnten. Da dieses Steuerkonzept aber noch keine Mehrheiten gefunden hat, sind auch wir gezwungen, Prioritäten zu setzen. Die Rahmenbedingungen, unter denen wir handeln, ob als Opposition oder in der Regierung, können wir uns nicht aussuchen.

Deshalb ist es notwendig, die gegebenen Bedingungen zu kritisieren und gleichzeitig nach Handlungsmöglichkeiten zu suchen.

Als Linkspartei.PDS können wir das Problem der Verschuldung der öffentlichen Haushalte nicht ignorieren. Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau sind notwendig, um die Spielräume von politischer Gestaltung zu vergrößern. Die

wachsenden Zinszahlungen engen diese Spielräume einerseits mehr und mehr ein. Andererseits ist die immer größere Verschuldung von Ländern und Kommunen eine gigantische Umverteilung von öffentlichen Geldern durch Zins- und Tilgungszahlungen in private Hände.

Der konsequente Schuldenabbau wird unter den gegenwärtigen Umständen aber nur durch einen rigorosen Verzicht auf bildungspolitische, wissenschaftliche, soziale und kulturelle Leistungen betrieben. Deshalb meinen wir, um Haushaltskonsolidierung und Haushaltgestaltung im Sinne von Strukturentwicklung des Landes wirksam betreiben zu können, kann auch eine moderate Schuldenaufnahme zu verantworten sein. Diese dadurch zur Verfügung stehenden Mittel müssen aber für Zukunftsfähigkeit und Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Innovation, für Arbeitsplatzbeschaffung eingesetzt werden. Mittel, die heute in Bildung, Wissenschaft und Forschung fließen, können zukünftig innovationsfähige Arbeitsplätze schaffen und Menschen dafür qualifizieren.

Partizipative Haushalte oder Bürgerhaushalte sind für uns ein wichtiger Schritt zur nachhaltigen Demokratisierung von Haushaltspolitik. Es mag angesichts der Notlage vieler Kommunen für manchen verwunderlich sein, dass wir jetzt eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Haushalten fordern. Die Kassen sind in fast allen Orten leer, es gibt kaum noch etwas zu verteilen und außerdem haben wir ja auch gewählte Gemeinde- und Stadträte, die dafür zuständig sind. Mit Bürgerhaushalten kann der Haushalt ein Stückchen von dem Mythos des Unabänderlichen verlieren und wieder mehr Politik werden. Es geht hier um einen andere Art Politik zu machen, um Demokratisierung von Haushaltsprozessen.

Bisherige Erfahrungen mit dieser Form von Haushaltspolitik zeigen, dass sie dort, wo sie praktiziert wird, von immer mehr BürgerInnen angenommen wird. Aber auch für KommunalpolitikerInnen ist ein solcher Bürgerhaushalt eine Herausforderung. Denn selbst ihnen bleibt Haushaltspolitik im herkömmlichen Sinne weitgehend verschlossen. Wird der Haushalt transparenter und öffentlich diskutiert – nicht nur, dass der Haushalt als solcher irgendwo im Netz steht –, so wird durch die Demokratisierung dieser Sphäre auch die Legitimität der eigenen Entscheidungen erhöht.

Ähnliches gilt für die Verwaltung, die den Haushalt erarbeitet. Durch die Öffentlichkeit wird ihr Handeln stärker als bisher legitimiert. Darüber hinaus kann es auch zu einer höheren Effizienz der Mittelverwendung kommen. Die Erfahrungen sowohl international wie auch aus anderen Bundesländern zeigen, dass dort, wo die BürgerInnen auch über die Gelder wirklich mitentscheiden können, auch kommunales Leben langfristig gesichert werden kann. Mit der von

der Landesregierung geplanten Einführung der kaufmännischen Buchhaltung (Doppik) durch die Kommunen und Landkreise wird bei aller Herausforderung durch die neue Form der Haushaltsrechnung zumindest eine Voraussetzung geschaffen, den Haushalt transparenter und an den realen Einnahmen und Ausgaben orientiert zu gestalten.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Auch in der Linkspartei.PDS fehlen die Antworten auf die Fragen, welche öffentlichen Aufgaben Bund, Länder und Kommunen wahrnehmen sollen, wer welche Aufgaben zu erfüllen hat und welche qualitativen Standards notwendig sind. Erst darauf ergibt sich die Antwort, welche Finanzen dafür notwendig sind. Im Umsetzen der Entscheidungen der Föderalismusreform sind wir gefordert, eigenständige Lösungsangebote vorzulegen.

Die bis vor ca. 20 Jahren unumstrittene öffentliche Bereitstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge ist heute nicht mehr selbstverständlich. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Parallel zur wachsenden Finanznot der Kommunen durch sinkende Einnahmen bekam die Daseinsvorsorge eine europäische und internationale Dimension. Neoliberale Politik und Wirtschaft entdeckten das Feld der öffentlichen Daseinsvorsorge als Profitquelle und nutzten technologische Entwicklungen, um klassische staatliche Dienstleistungen wie beispielsweise Telekommunikation und Postdienste zu kommerzialisieren und dem Markt und Wettbewerb auszusetzen. Dieser Trend bei den bundesweiten Diensten setzte sich auch bei den kleinteiligeren öffentlichen Leistungen der Kommunen wie Wasserversorgung oder Nahverkehr fort.

Andererseits ändert sich aber auch unser Staatsverständnis. Die Forderungen nach dem mündigem Bürger/der mündigen Bürgerin, nach dem Entstehen einer Bürgergesellschaft, nach der Zivilgesellschaft stehen dem Ruf nach mehr Staat konträr gegenüber. Öffentliche Daseinsvorsorge ist im linken Verständnis die Sicherung der Grundlagen einer bestimmten Qualität des Zusammenlebens. Sie hat zum Ziel, einen bestimmten Typ sozialer Beziehungen, eine bestimmte Form des Zusammenhalts zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Sicherung eines individuellen Existenzminimums aber vor allem eine bestimmte ökonomische, soziale, kulturelle Infrastruktur.

Der Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor kann einen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge und gleichzeitig zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten, wenn Arbeitsplätze dort entstehen, wo heute Jugendliche und Senior/innen allein gelassen werden oder Kultur- und Sportarbeit nicht

stattfindet, weil die Kommunen am Ende ihrer finanziellen Möglichkeiten sind und die Wirtschaft davon nicht profitiert.

Der Staat sollte gewährleisten, wo es individuell nötig ist und sich dort zurückziehen, wo es möglich ist. Er steht in der Pflicht, gegenüber den Bürgern zu gewährleisten und im Recht, gegenüber dem Markt und seinen Defiziten, steuernd einzugreifen. Linke Politik setzt die Schwerpunkte der Steuerung durch den Staat auf die Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit, auf soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe.

Diese „Gewährleistungspflicht“ des Staates zur Daseinsvorsorge schließt nicht die Pflicht ein, eine Aufgabe selbst vorhalten, also wahrnehmen zu müssen und berücksichtigt, dass die Aufgaben sich ständig wandeln, so wie Daseinsvorsorge durch objektive gesellschaftliche Entwicklungsprozesse sich selbst ständig wandelt. Es gibt deshalb auch keinen abschließenden Katalog der Daseinsvorsorge.

Öffentliche Daseinsvorsorge, ob privat oder öffentlich erbracht, braucht für einen gesicherten Zugang aller einen Bestandsschutz sowie definierte Mindeststandards.

Den Sozialstaat sehen wir in der Pflicht, die **finanziellen Voraussetzungen** für die sozialen Sicherungssysteme bereitzustellen und nicht zuletzt die **gesetzgeberische Kontrolle über wesentliche Qualitätsstandards und Rahmenbedingungen** auszufüllen. Die Angebote sozialer Dienstleistungen sind jedoch vor allem in der Verantwortung der Kommunen und der vielfältigen, weltanschaulich pluralen, zivilgesellschaftlichen Akteure gut aufgehoben. Die Gestaltung eines leistungsfähigen, bürgernah und effizient arbeitenden öffentlichen Sektors reduziert sich keineswegs auf die Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Auch hier ist die Linkspartei.PDS gefordert, Aufgaben und Verantwortung vielfältig zu verteilen: auf die Kommunen, den gemeinnützigen privaten Sektor, und an die Bürgerinnen und Bürger. Privatwirtschaftlichem Engagement bei der öffentlichen Daseinsvorsorge stehen wir skeptisch, aber dennoch differenziert gegenüber. Das Maß der Dinge bei der politischen Entscheidungsfindung ist für uns nicht der Profit, sondern der chancengleiche Zugang für alle.

Demokratisierung und Bürgergesellschaft

Die Potenziale, die die Wissensgesellschaft – vor allem die neuen Technologien und Medien – für eine spürbare Demokratisierung der Gesellschaft bereithält, sind nicht zu unterschätzen. Zugang zu Information und Wissen ist eine entscheidende Voraussetzung für demokratische Teilhabe, zivilgesellschaftlichen Einspruch in Politik und Gesellschaft sowie für ein selbstbestimmtes Leben. Das Internet ermöglicht Plattformen für gemeinsames Arbeiten, für die politische Verständigung und die Vernetzung verschiedener gesellschaftlicher Akteure. Nicht zuletzt werden auch die technischen Möglichkeiten für politische Partizipation von BürgerInnen erweitert, z.B. bei Volksentscheiden, Meinungsumfragen und deren Ergebnisse. Andererseits sind die Nutzung und die Stellung von neuen Technologien ein Spiegel der kapitalistischen Gesellschaft, ihrer zivilisatorischen und kulturellen Stärken und Schwächen. Neue Technologien stärken deshalb keineswegs automatisch Demokratie, Engagement und Teilhabe in der Gesellschaft. Dazu bedarf es der politischen Gestaltung.

Für das politische Handeln der Linkspartei.PDS im Sinne der Nutzung der Potenziale der Wissensgesellschaft für die Stärkung der Demokratie – und zwar der partizipatorischen Demokratie - ist deshalb von entscheidender Bedeutung:

- ⇒ Zuerst bedarf es mehr realer Möglichkeiten der Mitbestimmung für BürgerInnen in Form von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden. Erst der konkrete Entscheidungsgegenstand, die öffentliche Debatte darüber, niedrigere Beteiligungsquoten und eigene finanzielle Ressourcen für die Akteure machen Teilhabe an Demokratie lebendig.
- ⇒ Information ist noch kein Wissen, Wissen ist noch keine Weisheit. Um der Neigung von virtueller Partizipation zu Vereinfachung, Polarisierung und Manipulation zu begegnen, bedarf es umfassender Bildung für alle – vor allem der Entwicklung von Medienkompetenz. Wir wollen die kritische Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken der neuen Medien befördern und die individuelle Beurteilungs- und Entscheidungskompetenz von Bürgerinnen und Bürgern stärken.
- ⇒ Zur Verhinderung einer weiteren digitalen Spaltung der Gesellschaft muss der Zugang zu den technischen Ressourcen der neuen Technologien für alle Bürgerinnen und Bürger möglich sein. Wir wenden uns gegen so genannte Verknappungstechnologien, die den Zugang zu Informationen und Wissen lediglich zur Ware machen.
- ⇒ Wir setzen uns für einen Abbau rechtlicher und sonstiger einschränkender oder benachteiligender Barrieren beim Zugang zu Informationen ein. Nur die aufgeklärte und wissende Bürgerschaft ist ein starkes Korrektiv zu

hierarchischen, intransparenten Strukturen in Politik, Öffentlichkeit und Gesellschaft.

Demokratischer Sozialismus ist für uns Ziel, Weg und Wertesystem

Im laufenden Prozess der Partieneubildung wollen wir unsere Identität erweitern, aber nicht aufgeben. **Wir sind als Linkspartei.PDS geprägt vom Gründungskonsens unserer Partei aus dem Jahre 1989. Inhalt dieses Gründungskonsenses war der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus und dem Poststalinismus. Die geistige Überwindung des darauf basierenden real existierenden Staatssozialismus war und ist ein unumkehrbarer Akt der Emanzipation unserer Partei. Sozialismus ohne Freiheit und Demokratie ist für uns als demokratische SozialistInnen nicht vorstellbar.**

Wir setzen uns als Ziel eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen Ausbeutung, patriarchale Unterdrückung, Plünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln. Menschenrechte sind für uns unteilbar. **Jedes System, das auf eine Beschränkung von Grund- und Freiheitsrechten zum Selbsterhalt setzt, hat historisch keine Überlebenschance.**

Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind. Dies ist Ergebnis eines langen und klärenden Diskurses gleichermaßen. Es beschreibt unsere Maßstäbe, unsere Aufgabe. **Es ist unsere Identität, die wir in den Parteibildungsprozess einzubringen haben, selbstbewusst, aber nicht ausgrenzend.**

Durch faire und partnerschaftliche Debatte zu einer neuen Linken

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt ist sich dessen bewusst, dass im Rahmen des Partieneubildungsprozesses die Erfahrungen und Erkenntnisse von Linkspartei.PDS und WASG vielfältig sind. Neben dem, was uns verbindet in unserem Anliegen, eine sozial gerechtere Gesellschaft zu gestalten, in der die sozialen wie auch die Bürgerrechte von Menschen ein hoher Wert sind, gibt es auch unterschiedliche politische Erfahrungen, Konzepte und Prägungen. Ein

autoritär und personalisiert geführter Kampf um eine Meinungsführerschaft ist lediglich geeignet, ein gemeinsames linkes Projekt zu gefährden. Damit eine neue gemeinsame Linke zum Erfolgsmodell werden und in der Gesellschaft Akzeptanz und Respekt gewinnen kann, ist es notwendig, die programmatische Debatte in einem fairen, selbstkritischen und offenen Dialog zu führen.

Der Leitantrag wurde mit 76 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen beschlossen.